

Protokoll

über die Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus
am Donnerstag, dem 04.05.2023, 19:00 Uhr,
Gaststätte "Deutsches Haus" in Friedeburg, Friedeburger Hauptstraße 87**

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Walter Johansen, Horsten (stv. Vorsitzender)
Gerrit Bashagen, Friedeburg
Tobe Decker, Wiesedermeer (Vertretung für Herrn Ratsherr Andreas Haak)
Arthur Engelbrecht, Marx
Kai Glowalla, Friedeburg
Detlef Grüßing, Bentstreek
Thorsten Hyda, Friedeburg
Gudrun Jeske, Reepsholt (Vertretung für Frau Ratsfrau Eilers)
Burkhard Putschke, Friedeburg

→ beratende Mitglieder für den Jugendbereich

Lennart Lueder, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung

Helfried Goetz, Bürgermeister
GAR Matthias Rahmann,
Techn. Angest. Björn Rippen,
Holger Hosberg (Protokollführung)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 21.04.2023 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Der vorliegenden Tagesordnung –öffentlicher Teil– wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.01.2023 - öffentlicher Teil

Das Protokoll der Sitzung vom 19.01.2023 –öffentlicher Teil– wurde mit 8 Ja- Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

TOP 6 Wahl zweier Schiedspersonen Vorlage: 2023-045

Rh. Glowalla verließ seinen Platz um 19:03 und wechselte in den Publikumsbereich.

Der Vorsitzende übergab das Wort an den BM, welcher erklärte, dass die beiden zur Wahl stehenden Kandidaten schon länger im Amt seien und es nun auch um die Synchronisierung der Amtszeiten ginge. Der BM bat um Zustimmung und übergab in Absprache mit dem Vorsitzenden das Wort dann an Herrn Dr. Biere.

Herr Dr. Biere erläuterte, dass er sein Amt bereits fünf Jahre ausführen würde, es aber immer noch interessant sei und gab einen Einblick in die Tätigkeit. Wichtig sei ihm hierbei zu erwähnen, dass fast alle Verhandlungen zusammen mit seinem Stellvertreter durchgeführt würden. Dies habe den Vorteil, dass verschiedene Blickwinkel einbezogen werden könnten und sich beide so auch gut vertreten könnten. Die Erfolgsquote zusammen mit seinem Stellvertreter sei dabei sehr gut und man liege hier auch leicht über den bundesweiten Schnitt von 60 Prozent. Er selbst sei jetzt Rentner, vorher Fachtierarzt und Betriebswirtschaftler und zuletzt Amtstierarzt in einem Kreis in Niedersachsen. Durch seine Arbeit habe er u. a. viel mit Landwirten zu tun gehabt, was ihm heute bei der Schiedsarbeit helfen würde. Abschließend erklärte Herr Dr. Biere, dass er sich bereit erkläre sein Amt auch weiter auszuüben.

Der BM bedankte sich für die Ausübung der wichtigen Funktion, welche u.a. Klagen vor Gericht vermeiden würde. Beide Schiedspersonen würden sehr gut als Team zusammenarbeiten und lieferten auch, wie von Herrn Biere ausgeführt, gute Ergebnisse. Der BM erklärte seinen Dank für die bisher geleistete, wichtige Arbeit und bat um Zustimmung zur Wahl für die nächste Wahlperiode.

Rh. Engelbrecht erklärte, dass der den Hut ziehe vor der bisher geleisteten Arbeit und hob auch die gute Teamarbeit der beiden Schiedspersonen hervor. Dieser Einsatz sei sicher nicht einfach und man könne froh sein, dass die Schiedspersonen sich wieder zur Wahl stellen würden.

Rh. Decker hinterfragte, warum durch diese Wahl beide das gleiche Ende der Amtszeit haben würden. Die Wahlzeit werde z. b. in Vereinen gestaffelt, falls einer der Kandidaten wegfallen würde.

Der BM antwortete, dass er diesem Einwand grundsätzlich zustimmen könne. Jedoch schütze auch ein zeitlicher Versatz nicht vollständig vor diesem Problem und es sei auch der Wunsch der Schiedspersonen gewesen fünf Jahre als Team weiterzumachen.

Herr Dr. Biere wies darauf hin, dass sein vorheriger Stellvertreter Herr Eckhoff wegen der hohen zeitlichen Belastung abgesprungen war. Jetzt ergänze sich aber alles gut, er sei Rentner und sein Vertreter sei selbstständig und stehe voll im Berufsleben. Er sehe kein Problem in der gleichlangen Amtszeit.

Rh. Putschke bedankte sich bei den Bewerbern. Er erklärte dann, dass er die Zweifel von Rh. Decker bei der Amtszeit teilen könne, er aber auch über den Gedanken dahinter verstehe und diesen mittragen könne.

Rh. Decker ergänzte, dass auch die CDU-Fraktion die Gründe verstehe und den Wunsch der Bewerber akzeptiere. Unbedingt glücklich sei eine solche Konstellation aber nicht.

Rh Hyda erklärte, dass der Vergleich zum Vereinsrecht eher hinken würde und auch ein Versatz nicht helfe, wenn zwei Personen gleichzeitig ein Amt niederlegen würden. Er bat um Zustimmung zur Vorlage.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 19.04.2023 wurde mit 8 Ja-Stimmen zugestimmt.

Dem Verwaltungsausschuss wird vorgeschlagen, dem Gemeinderat folgenden Beschluss zu empfehlen:

- 1.) Für den Schiedsbezirk Friedeburg wird als Schiedsperson für die Zeit vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2027, Herr Dr. Rainer Biere, wohnhaft Langstraßer Weg 45, 26446 Friedeburg gewählt.**
- 2.) Für den Schiedsbezirk Friedeburg wird als stellvertretende Schiedsperson für die Zeit vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2027, Herr Kai Glowalla, wohnhaft Bürgermeister-Eggers-Straße 14, 26446 Friedeburg gewählt.**

Rh. Glowalla kehrte nach der Abstimmung um 19:21 an seinen Platz zurück.

TOP 7 Bericht über die aktuelle Haushaltslage
Vorlage: 2023-048

Der Vorsitzende übergab das Wort an GAR Rahmann. Dieser berichtete ausführlich über die aktuelle Haushaltslage anhand der der Vorlage beigeführten Präsentation.

Rh. Grüßing fragte, warum es in Jahren 2012 bis 2016 zu so großen Ergebnisschwankungen gekommen sei.

Der BM antwortete, dass dies an großen Schwankungen bei den Erträgen aus der Gewerbesteuer gelegen habe. Diese hätten z. B. 2014 noch bei 14 Millionen Euro gelegen und 2015 seien diese dann auf 6,5 Millionen Euro zurückgegangen. Die Kreisumlage und die Gewerbesteuerumlage hätten in 2015 aber auf Basis der hohen Einzahlungen aus dem Vorjahr gezahlt werden müssen, weshalb das Jahresergebnis dementsprechend schlecht ausgefallen sei. Die letzten Jahre habe sich die Gewerbesteuer aber auf einem hohen Niveau konstant gehalten und sei jetzt aktuell im Planbereich.

Rh. Glowalla fragte, ob die Zahlen für 2012 schon belastbar seien mit Blick auf die aktuellen Jahresabschlussarbeiten.

GAR Rahmann erwiderte, dass es noch Planzahlen seien, da unter anderem noch die Buchung der tatsächlichen Abschreibungen und Auflösungen der Sonderposten fehlen würde. Hier sei es bisher nur möglich mit den Planwerten zu arbeiten. Die Rückstellungen seien im Übrigen aber schon eingerechnet.

Der BM ergänzte, dass es noch Schwankungen geben werde. Die Zahlen seien aber schon relativ gesichert.

Rh Glowalla fragte nach den Zinsen für den aktuellen Kassenkredit und ob ein Investitionskredit abrufbar und nicht günstiger wäre.

Laut BM werde die Kreditaufnahme gerade geprüft, wobei die Kreditermächtigungen aus den Vorjahren genutzt werden sollten. Bis vor ein paar Monaten habe der Kassenkredit noch einen Zinssatz von null Prozent gehabt, was sich mittlerweile geändert habe.

Der BM erklärte, dass er das Jahresergebnis 2022 sehr erfreulich finde. Es sei besser als geplant und dass trotz der nicht realisierten außerordentlichen Erträge. Im Haushalt 2023 sei die Situation stabil und es bestünden momentan keine Risiken, was auch ein Ergebnis der späten Haushaltsberatungen sei. Auf das Haushaltsjahr 2024 blicke er aber sorgenvoll. Sorgenkind blieben dazu weiterhin die Jahresabschlüsse. Es werde momentan an mehreren Abschlüssen parallel gearbeitet, z.B. würden die Personalrückstellungen für alle Jahre durchgebucht. Ein Fortschritt wäre aber wesentlich einfacher mit einer vollständigen Anlagenbuchhaltung darstellbar. Es sei hier vom Aufwand her jedoch leider vergleichbar mit dem Mandanten eines Steuerberaters, der seine Belege unsortiert in einem Schuhkarton bringt. Nichtsdestotrotz soll in der Anlagenbuchhaltung durch organisatorische Änderungen die Geschwindigkeit der Abarbeitung erhöht werden, um dem Ziel der schnellen Aufholung der Abschlüsse noch mehr Schub zu geben.

Rh Putschke erklärte, dass das Jahresergebnis besser als geplant ausgefallen sei oder anders formuliert die Gewerbesteuer sei unerwartet höher ausgefallen. Aus seiner Sicht müssten die außerordentliche Erträge im Haushaltsjahr 2023 von gut einer Millionen Euro diesmal aber auch realisiert werden. Ansonsten sehe er keinen ausgeglichenen Haushalt für das laufende Jahr. Sorgenkind bleibe im Übrigen die Anlagenbuchhaltung und es sei bestimmt nicht leicht für die MitarbeiterInnen diese alten Fälle nachzuholen. Er erwarte aber ein schnelleres Aufholen des Rückstandes ab dem Zeitpunkt der Übernahme der Geschäfte durch BM Goetz.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

TOP 8 Anträge

TOP 8.1 Prüfung der Realisierbarkeit freiwilliger Investitionsmaßnahmen (Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 23.01.2023) Vorlage: 2023-047

Der Vorsitzende übergab das Wort an Rh. Putschke, welcher erklärte die Erläuterung des Antrages nicht unnötig in die Länge ziehen zu wollen, da jedem Teilnehmer aus dem letzten Finanzausschuss ja klar sei, um was es ginge. Die Haushaltslage sei angespannt daher sei diese Prüfung vor der Durchführung freiwilliger Investitionen wichtig.

Rh. Engelbrecht erklärte, dass er es richtig finde, dass auf Anraten des BM in der letzten Sitzung der Antrag zunächst zurückgezogen und nun im normalen Verfahren erneut in die Beratung gegeben worden sei. Seiner Meinung nach sei es durchaus sinnvoll die freiwilligen Investitionen erneut zu prüfen. Für Maßnahmen aber, die mit dem Haushaltsplan 2023 durch den Rat beschlossen worden seien, halte es die CDU-Fraktion nicht für richtig diese durch den Verwaltungsausschuss wieder zu prüfen und ggf. streichen zu lassen und könne dem Antrag daher so nicht zustimmen.

Rh. Putschke erläuterte, dass die Lage dynamisch sei, so dass es notwendig werde zu handeln, wenn beschlossene Investitionen nicht mehr finanzierbar seien. Deshalb habe der Antrag die Intention, dass bevor, bildlich gesprochen der „Spaten in den Boden gestochen wird“, nochmals zu prüfen, ob die Maßnahme tatsächlich auch bezahlbar sei. Auf Basis dieser Prüfung solle im Verwaltungsausschuss dann der Maßnahmenbeginn nochmal bestätigt werden. Dies könne, falls zeitliche Gründe einer regulären Behandlung entgegenstehen auch durch Umlaufbeschluss erfolgen.

Der BM führte aus, dass Investitionen grds. nur getätigt würden, wenn deren Finanzierung auch gesichert sei. Ansonsten sei eine Umsetzung gar nicht möglich. Viele Dinge seien darüber hinaus auch zunächst auszuschreiben, wobei sich in diesem Prozess die Ausgaben auch noch erhöhen könnten. Für die letztendliche Auftragsvergabe bestehe dann aber auch jetzt schon ein Auftragsvorbehalt des Verwaltungsausschusses. Nach einer Ausschreibung beschließe also der Verwaltungsausschuss über die letztendliche Auftragsvergabe. Der Antrag sei im Prinzip also eine Klarstellung der schon bestehenden Aufgabe des Verwaltungsausschusses.

Der BM ergänzte darüber hinaus, dass sich aus einem Haushaltsplan der Gemeinde noch keine Ansprüche ableiten ließen, dass die dort vorgesehenen Maßnahmen und Auszahlungen auch tatsächlich umgesetzt bzw. ausgezahlt würden. Erst nach Genehmigung der letztendlichen Maßnahme durch die Politik bestehe ein Anspruch.

Rh. Grüßing wies darauf hin, dass trotzdem, gerade Vereinen gegenüber, die Verlässlichkeit der Gemeinde nicht leiden dürfe. Zugesagte Zuschüsse sollten auch gezahlt werden.

Rh. Engelbrecht merkte an, dass er den Antrag undurchsichtig finde und erkundigte sich, ob dieser rechtlich in Ordnung sei.

Der BM erklärte, dass dies aus seiner Sicht der Fall sei.

Nach Antrag von Rh. Engelbrecht gewährte der Vorsitzende um 20:08 eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten zur Beratung über den Antrag.

Um 20:11 Uhr konnte die Sitzung fortgesetzt werden. Rh. Engelbrecht gab an, dass die CDU-Fraktion dem Antrag jetzt zustimmen könne. Die Formulierung des Beschlussvorschlages sei vielleicht zunächst etwas falsch verstanden worden.

Rh. Hyda erklärte abschließend, dass es aus seiner Sicht ganz normal sei vor dem Geld ausgeben nachzudenken, ob man sich dies auch leisten könne. Er werde daher zustimmen.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 19.04.2023 wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

Die Verwaltung wird aufgrund der absehbar angespannten Haushaltslage in den Haushaltsjahren 2024 ff. beauftragt, vor dem zahlungs- /haushaltswirksamen Beginn von freiwilligen Investitionsmaßnahmen ab einer Höhe von 10.000 € die finanzielle Realisierbarkeit über das Haushaltsjahr 2023 hinaus ganzheitlich zu bewerten und sich darauf basierend den zahlungs-/haushaltswirksamen Maßnahmenbeginn durch den VA bestätigen zu lassen.

TOP 8.2 Prüfung der Gründung einer "Gesellschaft für erneuerbare Energie Friedeburg" (Antrag der Gruppe "Für Friedeburg - FFG" vom 07.03.2023) Vorlage: 2023-046

Der Vorsitzende übergab das Wort an Rh. Hyda, welcher die Anfrage der Gruppe „Für Friedeburg-FFG“ erläuterte. Er führte aus, dass die Anfrage in einer Gruppenbesprechung entstanden sei. Es ginge darum wie und in welcher Form die Gemeinde an dem Ausbau der Windenergie und von Photovoltaikanlagen profitieren könne. Die kurze Stellungnahme der Gemeinde sei vereinfacht und ohne Nennung von möglichen Gesellschaftsformen ausgeführt worden. Dies sei aber nicht so tragisch, da die Zielsetzung der Anfrage sei, dass man sich grds. mit der Thematik der möglichen Beteiligung der Gemeinde auseinandersetze.

Rh. Grüßing erklärte, dass die Anfrage eher in dem zu dem Thema der erneuerbaren Energien gebildeten Arbeitskreis zu behandeln und zu diskutieren sei. Dieser treffe sich am 10.05.2023.

Der BM erläuterte, dass es für die Verwaltung schwer gewesen sei zu definieren, ob es sich um einen Antrag oder eine Anfrage handele. Die Beschäftigung mit der Thematik sei in jedem Fall sinnvoll, allerdings sei noch zu diskutieren wie eine Ausgestaltung bzw. Zielsetzung aussehen könne. Wenn der Wunsch bereits jetzt sei, dass die Verwaltung ausführlich, ggf. mit externer Beratung, prüfen solle wie eine mögliche Gesellschaft aussehen könne, bräuhete es dazu jetzt einen Beschluss. Wenn es bei einer Anfrage und vielmehr einem Diskussionsanstoß bleibe, dann nicht.

Rh. Putschke erklärte, dass er die Eingabe in diesem Fall eher als Anfrage sehe. In dieser Richtung sei dies auch in der Fraktion besprochen worden. Wenn es sich aber um einen Antrag

handele, müsse hier erst noch in der Fraktion darüber abgestimmt werden. Abschließend erklärte Rh. Putschke, dass dieses Thema aus seiner Sicht auch in den bereits genannten Arbeitskreis gehöre.

Rh. Bashagen erklärte, dass hier noch viele Fragen offen seien und erkundigte sich nach der Wirtschaftlichkeit einer solchen Gesellschaft.

Der BM erwiderte, dass er aufgrund des derzeitigen Diskussionsstandes hierzu noch keine Angaben machen könne. Genau diese Fragen seien im Vorfeld noch zu klären.

Rh. Hyda bestätigte abschließend, dass es erstmal bei einer Anfrage bleibe und man alles Weitere zunächst im angesprochenen Arbeitskreis thematisieren werde.

Die Anfrage wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

TOP 10 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten - öffentlicher Teil

Der BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

TOP 11 Anfragen und Anregungen - öffentlicher Teil

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

TOP 12 Schließung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 20:24 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer